

Entschließungsantrag

der AfD-Fraktion

ZU:

Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Industrielle Abwärmepotenziale zur Einspeisung ins Fernwärmenetz nutzen - Drucksache 7/7654 vom 02.05.2023

Der Landtag stellt fest:

Die Energiekosten in Deutschland und Brandenburg sind mit die höchsten in Europa, da die Energiepolitik vor allem des Bundes und das selbstauferlegte Embargo gegen die Russische Föderation die Kosten in die Höhe treiben und die falsch projektierte Energiestrategie Brandenburg 2040 dieser Entwicklung nicht entgegensteuert.

Der Landtag stellt ferner fest, dass das am 15. März 2023 im Wirtschaftsausschuss des Landtages Brandenburg durchgeführte Fachgespräch zum Thema „industrielle Fernwärmepotenziale“ von folgenden Aussagen geprägt war:

- dass Ölspeicher und andere fossile Brennstoffe als Back-up für 20 Jahre noch unverzichtbar sind,
- dass in allen Bereichen des Fernwärmenetzes Mängel beim Ausbau in der Fläche bestehen,
- dass allein eine Planfeststellung im Bereich Fernwärme günstigenfalls fünf Jahre dauert,
- dass Müllverbrennungsanlagen für die Fernwärmeerzeugung unverzichtbar bleiben,
- dass eine Verdopplung des Umsatzes der Stadtwerke in Brandenburg allein durch die Kostentreiberei der Erneuerbaren Energien entsteht,
- dass die Nutzung von CO₂-Transporten nach Norwegen wegen der Kosten nicht infrage kommt.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird dazu aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen,

- dass die Bundesländer den wünschenswerten Ausbau der Fernwärme von der Bundeswasserstoffstrategie abtrennen, um eine regional umsetzbare und von Energieimporten unabhängige Steuerung durchführen zu können,
- dass insbesondere regionale Kleinwärmenetze bevorzugt werden, um den direkten Bürgervorteil ökonomisch wirksam werden zu lassen.

Begründung:

Der Antrag „Industrielle Abwärmepotenziale zur Einspeisung ins Fernwärmenetz nutzen“ (Drucksache 7/7654) der Koalitionsfraktionen entspricht nicht den Erkenntnissen des von der Koalition selbst einberufenen Fachgesprächs zu dem Thema vom 15. März 2023 im Wirtschaftsausschuss des Landtages Brandenburg.

Für die künftige Energieversorgung muss das direkte Kosten-Nutzen-Verhältnis beim Verbraucher sichtbar und spürbar sein. Der Netzausbau lässt sich nicht kurzfristig realisieren, daher muss sogenannte regenerative Energie regional sofort vermarktbar sein.